

Muster-Anfrage der Fraktion.... an die Stadt/ Gemeindespitze*

Die Menschen sind in Sorge um ihre Versorgung mit Wasser. Sie wollen, das Wasser Allgemeingut bleibt. Anlass ist die aktuell im Europaparlament diskutierte Richtlinie zur Konzessionsvergabe. Erstmals will die EU-Kommission die Vergabe von Konzessionen durch Städte und Gemeinden regeln. Ein einheitlicher Rechtsrahmen sei nötig, Korruption solle bekämpft werden, so die Kommission.

Tatsächlich wird aber insbesondere der lebenswichtige Rohstoff Wasser zum weiteren Handelsobjekt auf den sog. Märkten. Wasser sei eine Ware wie jede andere, meinte die Kommission bereits 2009. Die Konzessions- Richtlinie erfasst nicht nur Wasser, sondern auch viele weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Zur Klarheit: diese Richtlinie erzwingt nicht automatisch die Privatisierung der Wasserversorgung. Sie sieht zunächst vor, dass jede Ebene der öffentlichen Hand zunächst *selbst entscheidet*, ob sie Konzessionen vergibt oder öffentliche Güter und Dienstleistungen selbst bereitstellt.

Sollte diese neue Richtlinie allerdings – wie derzeit geplant - in Kraft treten, **müssen** Kommunen zukünftig bei der Vergabe von Konzessionen u.a. für die städtische Wasserversorgung ab einer Umsatzhöhe von 8 Millionen Euro diese europaweit ausschreiben, wenn die Dienstleistung nicht zu 80 % für die Kommune erbracht wird und der Versorgungsbetrieb nicht im kommunalen Haushalt konsolidiert wird. Damit soll der "Markt" für große Konzerne geöffnet werden.

Diese Richtlinie erhöht damit den Druck zur europaweiten Ausschreibung von Konzessionen erheblich. Zwar könnten sich auch städtische Unternehmen weiter um eine Konzession bewerben, allerdings nicht mit den Möglichkeiten, die großen, europa- und weltweit tätigen privaten Konzernen zur Verfügung stehen.

Wir fordern, alle Bestrebungen zur Privatisierung von Wasser zu stoppen. Wettbewerb ist das falsche Instrument für Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Ware. Wasser muss für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein.

Wir befürchten den Verlust von wichtigen Teilen der öffentlichen Daseinsvorsorge, unterstützen die diesbezüglichen Positionen des Deutschen Städtetags und des Verbands der kommunalen Unternehmen und stellen deshalb folgende Fragen an die *Stadt/Gemeindespitze**:

1. *Welche Folgen hätte die geplante Richtlinie auf die Einrichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge in unserer Kommune/Gemeinde?*
2. *Ist eine Vergabe von Konzessionen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge geplant oder in Arbeit?*
3. *Gibt für bereits vergebene Konzessionen Pläne zur Verlängerung bzw. Änderung in unserer Stadt/ Gemeinde, insbesondere bei der Wasserversorgung, und wenn ja, welche?*
4. *Wird, wenn bisher eine Konzession vergeben war, eine Rekommunalisierung in Erwägung gezogen oder geplant und wenn ja, aus welchen Gründen und in welchem Stadium befinden sich die Planungen?*
5. *Welche Schritte werden ergriffen um gegen die geplante Richtlinie aktiv zu werden?*

* Entsprechendes Gremium (Landrat, Gemeinderat, Bürgermeister, Senat, etc.) einfügen.